

Bern, 27. Mai 2010

## Medienmitteilung

### Armut minimieren – in Bildung investieren

**Mehr als die Hälfte aller Personen, die Sozialhilfe beziehen, hat keine Ausbildung absolviert. Fehlende Bildung ist somit ein bedeutendes Armutsrisiko. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) setzt im Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010 verstärkt auf bildungspolitische Massnahmen.**

Die Zahlen sprechen für sich: 57 Prozent aller Sozialhilfebeziehenden haben keine abgeschlossene Ausbildung vorzuweisen. In der Gesamtbevölkerung liegt dieser Anteil im Vergleich bei 26 Prozent. Die SKOS sieht Handlungsbedarf: «Bildung ist in der heutigen Wissensgesellschaft ein Schlüssel zur Unabhängigkeit», sagte SKOS-Geschäftsführerin Dorothee Guggisberg im Rahmen der heutigen Mitgliederversammlung (MV) in Bern. Bildung sei nicht nur ein individuelles und gesellschaftliches Gut, sondern auch ein volkswirtschaftliches, denn: «Ausbildungslosigkeit kostet Geld». Die SKOS fordert deshalb im Rahmen ihrer nationalen Strategie zur Armutsbekämpfung unter anderem mehr Angebote im Bereich der Frühförderung, eine obligatorische Ausbildungspflicht bis zum vollendeten 18. Altersjahr, die Harmonisierung des Stipendienwesens sowie die Validierung von Bildungsleistungen.

Alt-Nationalrat Rudolf Strahm, der an der MV als Gastreferent auftrat, verweist auf den grossen Bedarf an Nachholbildung, welchen Klientinnen und Klienten der Sozialhilfe aufweisen. Ihre berufliche Qualifizierung müsse sich stark an den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts orientieren, nur so sei die Integration der Betroffenen möglich. Strahm, der den Schweizerischen Verband für Weiterbildung (SVEB) präsidiert, macht sich für den berufspraktischen Bildungsweg stark.

Als Beispiel, wie Bildungs- und Integrationspolitik erfolgreich umgesetzt werden können, gilt der Kanton Waadt: Im Rahmen eines kantonalen Projekts arbeiten die Direktionen Volkswirtschaft, Soziales und Bildung zusammen, mit dem Ziel, Jugendlichen den Weg ins Berufsleben zu ermöglichen. Zudem hat der Kanton die Sozialhilfe und das Stipendienwesen harmonisiert, wie Françoise Jaques vom Kantonalen Sozialamt ausführte.

Nur wenn die Bildungs- und die Sozialpolitik ihre Massnahmen aufeinander abstimmen und die Angebote für Risikogruppen koordinieren, kann Bildung Armut wirksam verhindern. Dies unterstrichen Hans Ambühl, Generalsekretär der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), und Ruedi Meier, Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik. Dieser appellierte zudem an den Bund, in der Bildungspolitik eine stärkere Führungsposition zu übernehmen und Anreize zur Förderung von Bildungsmassnahmen mitzufinanzieren.

Weitere Auskünfte erteilen:

**Walter Schmid, Präsident der SKOS**

Tel. 079 446 41 54

**Dorothee Guggisberg, Geschäftsführerin der SKOS**

Tel. 079 753 63 34